



IHK BERLIN

Anlage 2 zum Protokoll: Arbeitsprogramm 2020 für die Berliner Wirtschaft



Arbeitsprogramm 2020 für die Berliner Wirtschaft

Inhalt

1. TOP-THEMEN 2020	2
Die Vollversammlung und Fach- und Branchenausschüsse setzen jährliche Schwerpunkte als Top-Themen.	
2. ZIELE UND MAßNAHMEN 2020	7
Acht Themenfelder mit dazugehörigen Zielen und Maßnahmen als Kernproduktportfolio der IHK Berlin.	
Regionale Wirtschaftspolitik	7
Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gute Rahmenbedingungen für Gründungen sind das Resultat einer unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik, die wir einfordern.	
Infrastruktur und Stadtentwicklung	10
Die wachsende Metropole und ihre Unternehmen brauchen Flächen zur unternehmerischen Entfaltung und eine effiziente Infrastruktur für einen funktionierenden Wirtschaftsverkehr.	
Haushalt und Wettbewerb	13
Das Vertrauen in den Staat als Partner der Wirtschaft wird gestärkt durch solide öffentliche Finanzen, ein einfaches Steuerrecht und das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.	
Standortfaktor Verwaltung	16
Die moderne öffentliche Verwaltung muss ein effizienter und digital aufgestellter Service-Partner der Berliner Unternehmen werden.	
Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	17
Die Beschäftigten sind Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges Berlins. Exzellente Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie ein funktionierender Arbeitsmarkt sind dafür elementar.	
Innovation, Technologie und Wissenschaft	22
Berlin ist Wissensstandort und seine innovativen Unternehmen sind Vorreiter der Digitalisierung. Wissenstransfer, Hochschulförderung und digitale Infrastruktur sind dafür zukunftsrelevant.	
Umwelt und Ressourcen	23
Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Ausgleich wirtschaftspolitischer und umweltpolitischer Interessen ist Grundlage für nachhaltiges Wachstum.	
Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	26
Der Außenhandel der Berliner Unternehmen ist ein Wachstumsfaktor. Berlin bedeutet als deutsche Hauptstadt einen Standortvorteil für die Betriebe im internationalen Geschäft.	



1. Top-Themen 2020

Die Vollversammlung sowie die Fach- und Branchenausschüsse setzen sich für das Jahr 2020 folgende Themenschwerpunkte:

Unternehmerische Freiheit in Berlin stärken

Die Förderung des freien Wettbewerbes zwischen Unternehmen ist Voraussetzung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung und gleichzeitig unverzichtbarer Teil der sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Einschränkungen und Regulierung sollten deshalb nur dort erlassen werden, wo Markt und Selbstregulierung versagen. Die Politik muss hier durch unternehmensfreundliche und vorausschauende Rahmensetzung die ordnungspolitischen Spielregeln festlegen.

2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- die Eingriffe in die unternehmerische Freiheit öffentlichkeitswirksam kritisch aufzeigen. Insbesondere bei politischen Markteingriffen wie z. B. dem Mietendeckel, der Verstaatlichung bzw. Enteignung von privaten Unternehmen, Rekommunalisierungsbestrebungen, Werbeverböten oder einer Solarpflicht wird sie aufzeigen, dass diese Eingriffe der sozialen Marktwirtschaft schaden und keines der Probleme im jeweiligen Politikfeld lösen.
- über die Erweiterung des Netzwerkes Unternehmensverantwortung nachhaltigem Unternehmertum eine starke Stimme in der Öffentlichkeit und innerhalb der Berliner Wirtschaft geben.
- die im Jahr 2019 erfolgreich initiierte Kampagne #starkeVerwaltung mit ihren 40 Partnern nutzen, um die Verwaltungsmodernisierung für die Berliner Wirtschaft weiter voranzutreiben und die Umsetzung des Zukunftspakts Verwaltung einzufordern.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführung FA Wirtschaftspolitik, Kompetenzteam Mittelstand. Zusammenarbeit mit Netzwerk Unternehmensverantwortung. Einbindung u. a. FA Stadtentwicklung (Anti-Enteignungsaktivitäten) und andere interessierte Ausschüsse

Kilmaschutz & Energiewende mit der Berliner Wirtschaft gestalten

Berlin will bis 2050 klimaneutral werden. Ganze Infrastrukturbereiche müssen dafür optimiert oder ausgebaut, neue Technologien und Geschäftsmodelle entwickelt und implementiert werden. Um die Potenziale der Unternehmen für eine erfolgreiche Energiewende bestmöglich zur Geltung zu bringen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern, braucht es marktwirtschaftliche und technologieoffene Instrumente, sowie verlässliche und innovationsförderliche Regularien.



2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, innovations- und wachstumsförderliche Energiewende verstärkt einfordern. Am Beispiel der Solarpflicht oder des Zielkonflikts Klimaschutz und Mietendeckel werden die damit verbundenen Herausforderungen für die Berliner Unternehmen dargestellt und alternative Lösungen aufgezeigt.
- die positiven Beiträge der Berliner Wirtschaft zum Klimaschutz mit neuen Formaten (u. a. am Beispiel der Entsorgungswirtschaft) in die Öffentlichkeit und Politik tragen und die Möglichkeiten für einen Green New Deal der Berliner Wirtschaft ausloten.
- mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahl 2021 die umwelt- und energiepolitischen Agenden der Parteien gemeinsam mit den Sprechern der Fraktionen in den Gremien diskutieren und eigene Schwerpunkte aus Sicht der Berliner Wirtschaft definieren.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführung FA Umwelt & Energie, Einbindung FA Stadtentwicklung und Infrastruktur, BA Bau- und Immobilienwirtschaft und weiterer interessierter Ausschüsse.

Stärkung der Dualen Ausbildung & Fachkräftesicherung

Die fortschreitende Digitalisierung bietet für Unternehmen und ihre Mitarbeiter enorme Chancen, stellt sie aber auch vor große Herausforderungen. Es entstehen völlig neue Geschäftsmodelle, Produktionsprozesse und Kommunikationsformen. Der Kompetenzbedarf in den Betrieben ändert sich stetig. Das hat nicht nur direkte Auswirkungen auf die Ansprüche an die Duale Ausbildung und berufliche Weiterbildung. Zudem muss der Arbeitsmarkt den steigenden Fachkräftebedarf bedienen.

2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- die Duale Ausbildung und das Duale Studium stärker als wirksame Instrumente befördern, um dem Wandel der Arbeitswelt im Unternehmen zu begegnen. Insbesondere im Rahmen der Überarbeitung des Landeskonzpts der Berufs- und Studienorientierung und der Berliner Vereinbarung wird die IHK Berlin diese Position vertreten. Mit dem Projekt des Berliner Talente Checks trägt die IHK Berlin aktiv zur Verbesserung der Berufsorientierung Berliner Schüler bei.
- die Chancen des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes für die Berliner Unternehmen nutzbar machen. Dafür wird sie insbesondere ihr Beratungsangebot anpassen und die Umsetzung des Gesetzes im ständigen Austausch mit der Ausländerbehörde aktiv befördern.
- sich dafür einsetzen, dass sowohl bei der Novellierung des Berliner Bildungsurlaubsgesetzes als auch bei der Einführung des Erwachsenenbildungsgesetz die Rahmenbedingungen an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgerichtet sind.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführung FA Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt. Einbindung aller BA (insb. FA InnoTech)



Stärkung des Innovationsstandorts Berlin

Innovationen entstehen nicht im Verborgenen, sondern erfordern ein Netzwerk an Partnern, die ihr Wissen für ein gemeinsames Ziel effizient bündeln. Für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft ist die (digitale) Innovationsfähigkeit deshalb der Schlüssel zum Erfolg. Die richtigen Rahmenbedingungen für die Transformation zur Digitalhauptstadt und für den Erhalt ihrer Stellung als Innovationsstandort sind dafür die Grundvoraussetzung.

2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- ihre politische Beraterfunktion bei der Erarbeitung der landespolitischen Digitalisierungsstrategie fortsetzen und deren wirtschaftsfreundliche Umsetzung einfordern, z. B. beim Auf- und Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur und der verstärkten Nutzung des Berliner Breitband Portals.
- sich für einen Paradigmenwechsel hin zu einer innovationsfreundlichen Vergabe- und Beschaffungspolitik einsetzen, mit dem Ziel, Know-how zu technologischen Trends und Marktentwicklungen in der Verwaltung aufzubauen, z. B. durch die Sensibilisierung der Verwaltung für Austauschformate mit innovativen Unternehmen.
- die Sicherheitsbedürfnisse der Wirtschaft durch die Digitalisierung im landespolitischen Wirtschaftsschutzkonzept aufzeigen und nachhalten. Als Dienstleisterin wird sie diese Arbeit durch eigene Angebote für Unternehmen ergänzen.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführung FA Innovation & Technologie, Einbindung Kompetenzteam Mittelstand, BA Digitale Wirtschaft, BA Creative Industries, BA Industrie, FA Stadtentwicklung & Infrastruktur und FA Bildung, Fachkräfte & Arbeitsmarkt.

Entwicklung von Gewerbeflächen und Stadtquartieren

Der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen. Daraus entstehende Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen. Ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmanagement ist daher die Voraussetzung dafür, dass die Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und der Neuansiedlungen von Unternehmen gelingt.

2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- die politischen Initiativen zu Gewerbeflächen und -mieten u. a. mit der Entwicklung und Einbringung von Entlastungsvorschlägen und der Durchführung einer Fachkonferenz begleiten. Zudem wird sie die Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof und des Flughafengeländes Tegel nach der zu erwartenden Einstellung des Flugbetriebes vorantreiben.
- sich dafür einsetzen, dass die im StEP Wirtschaft gefassten Ziele und Projekte im Sinne des wirtschaftlichen Wachstums umgesetzt werden, z. B. bei der Erarbeitung und Umsetzung der



bezirklichen Wirtschaftsentwicklungskonzepte. Zudem wird sie in Zusammenarbeit mit den Unternehmen entwickelte Vorschläge zur Nachverdichtung und Nutzungsmischung in die Umsetzungsprozesse einbringen.

- die Konzeptentwicklung und -umsetzung für innerstädtische Quartiere befördern, u. a. mit der Durchführung des Wettbewerbs Mittendrn Berlin, gemeinsam mit dem Land Berlin und Partner-Unternehmen: Dafür werden im Jahr 2020 insbesondere die Konzepte der im Wettbewerb Nominierten entwickelt.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführend FA Stadtentwicklung & Infrastruktur, Einbindung des BA Bau- & Immobilienwirtschaft, BA Handel

Beschleunigung des Wohnungsbaus

Der Zuzug nach Berlin ist ungebrochen. Bis 2030 werden mindestens 200.000 neue Wohnungen benötigt. Die öffentlichen Wohnungsanbieter können den Bedarf bei weitem nicht decken. Doch nur wenn die Rahmenbedingungen für Investitionen stimmen, sind Private in der Lage, Wohnungen für alle Nachfragekonstellationen anzubieten. Hierzu gehören Rechts- und Investitionssicherheit ebenso wie die Verfügbarkeit von Grundstücken – auch für private und genossenschaftliche Entwicklungen.

2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- sich in die Meinungsbildung zur gesamtstädtischen Wohnungsbaupolitik einbringen, z. B. durch die Positionierung zu Themen wie Mietendeckel und Enteignungen sowie bei der Umsetzung des StEP Wohnen (u. a. in Bezug auf die geplanten neuen Wohngebiete).
- Vorschläge für die Neugestaltung rechtlicher Bauvorschriften unterbreiten z. B. in Vorbereitung einer Novellierung der Berliner Bauordnung, um auf diese Weise eine Beschleunigung und Erleichterung von Baumaßnahmen für Investoren zu ermöglichen.
- neue Flächen- und Nutzungskonzepte zur Beschleunigung des Wohnungsbaus mit der Politik und der Fachöffentlichkeit diskutieren.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführung FA Stadtentwicklung & Infrastruktur, Einbindung der FA Umwelt & Energie, BA Bau- & Immobilienwirtschaft, BA Industrie sowie BA Creative Industries

Sicherung eines flüssigen Wirtschaftsverkehrs

Der Mehrbedarf an Mobilität in der wachsenden Stadt und der Sanierungsbedarf der bestehenden Infrastruktur sind zwei Hauptaufgaben der laufenden Legislaturperiode. Neben dem Berufsverkehr steht der Wirtschaftsverkehr für den größten Anteil am Straßenverkehr der Metropole, denn ohne funktionierenden Wirtschaftsverkehr kann Berlin weder richtig ver- noch entsorgt werden. Jede Einschränkung der Erreichbarkeit von Unternehmen verschlechtert die Standortbedingungen.



2020 wird die IHK Berlin schwerpunktmäßig...

- die vorbereitenden Maßnahmen sowie die darauffolgende Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg International begleiten. Dringende Handlungsbedarfe sind hier insbesondere bei den Themen Verkehrsanbindung, Kapazitätsausbau und direkte Langstreckenverbindungen.
- die Erprobung und Durchsetzung neuer Organisationsformen im städtischen Personen- und Güterverkehr unterstützen. So tragen wir dazu bei, dass gerade auf der letzten Meile die Effizienz und Stadtverträglichkeit des Verkehrs weiter steigt.
- intensiv an der Ausformulierung des anstehenden Teils Wirtschaftsverkehr und Neue Mobilität des Berliner Mobilitätsgesetz mitarbeiten. So wollen wir dafür sorgen, dass die Anforderungen des Wirtschaftsverkehrs auch im künftigen Berliner Straßenverkehr gewährleistet sind.

Folgende Ausschüsse werden an diesen Themen zusammenarbeiten: Federführung FA Stadtentwicklung & Infrastruktur, Einbindung der FA Umwelt & Energie, BA Tourismus, BA Handel, BA Industrie sowie BA Verkehr.



2. Ziele und Maßnahmen 2020

Kernproduktportfolio der IHK Berlin nach Themenfeldern

Regionale Wirtschaftspolitik

Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie die Struktur ihres Wirtschaftsstandortes sowie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu stellen.

Die IHK Berlin gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z. B. Gesprächen, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK Berlin nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z. B. konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, bei der Digitalisierung und des Masterplans Industriestadt Berlin) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen und Synergien für die Berliner Wirtschaft zu schaffen.

Maßnahmen

- Konjunkturdaten erheben und veröffentlichen, Handlungsempfehlungen für Akteure ableiten, Umsetzung überprüfen („monitoren“)
- Auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg hinwirken, im Jahr 2020 u. a. durch die Verbreitung des Konzeptes eines Metropolraum-Managements
- Die wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z. B. in verschiedenen Formaten wie dem Konjunkturbericht oder der "Berliner Wirtschaft in Zahlen"
- Die Ausrichtung der Cluster- und Branchenpolitik durch Mitarbeit in den relevanten Gremien und politische Positionierung im Sinne des wirtschaftlichen Gesamtinteresses mitgestalten, im Jahr 2020 insbesondere durch die Begleitung der Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Masterpläne

- Umsetzung der Maßnahmen aus dem Tourismuskonzept 2018+ kritisch begleiten, insbesondere im Hinblick auf die im Konzept angekündigten Themen wie Hotelentwicklungskonzept und Bürgerbeirat sowie unterstützende Begleitung bei der Einführung des Tourismus Satelliten Kontos (TSA) für Berlin
- Begleitung gesundheitspolitischer Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sowie der Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg und der Gesundheitsstadt 2030 im Sinne der Unternehmen
- Politische Begleitung der Berliner Industriepolitik, in 2020 insbesondere die weitere Umsetzung des Masterplans Industriestadt Berlin (MPI) mitgestalten, sowie die Mitarbeit im Steuerungskreis Industriepolitik (SKIP) fortsetzen, um eine aktive und effektive Industriepolitik zu befördern, die angemessene Rahmenbedingungen für die Berliner Industrie schafft
- Politische Begleitung der Berliner Politik bei den für die Kreativwirtschaft relevanten Themen, um die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats kritisch begleiten und auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z. B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken
- Key Account Management für dedizierte Branchen durchführen

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser „Titel“ ist insbesondere dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d. h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen. Für beides, Gründung und Wachstum, benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben. Gleichzeitig setzt die IHK Berlin Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns mit international führenden Standorten wie London oder Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür wird die IHK Berlin im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fordern. Die Dienstleistungen der IHK Berlin zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen
- Gründer und werdende Start-ups durch Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Gründerinitiativen aktiv unterstützen
- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen

- Selbstständigkeit als Teil der Berufsorientierung etablieren, im Jahr 2020 insbesondere Gründergeist an Schulen mit der Initiative „Ich mach mich selbständig“ fördern
- Unternehmen im Nachfolgeprozess unterstützen; Überprüfung und ggf. Anpassung des IHK-Angebotsportfolios im Nachfolgeprozess und dessen zielgruppengerechte Vermarktung
- Unternehmen bei ausländerrechtlichen Fragestellungen unterstützen
- Rahmenbedingungen für Gründer verbessern, im Jahr 2020 insbesondere durch die verstärkte Vernetzung und Koordinierung mit den relevanten Stakeholdern, u. a. in der Start-up Unit des Landes Berlin
- Netzwerkmanagement durchführen

Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen

Um innovative Ideen reifen zu lassen und auch weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, brauchen Unternehmen im richtigen Augenblick die passenden finanziellen Mittel. Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse dürfen nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK Berlin die Interessen ihrer Mitglieder.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Förderung und Finanzierung grundsätzlich an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind. Dauerhafte Subventionen und eine Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass allen Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offensteht.

Maßnahmen

- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen
- Gezielte Informationsbereitstellung zu Finanzierung und Förderung (Gespräche, Veranstaltungen, Internet, FinFin etc.)
- Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung durch Stellungnahmen und Gremienarbeit im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten

Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute, die Wahrung von Anstand und Sitte sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung dient Berliner Unternehmen als Vorbild

Unternehmerisches Engagement im Nachhaltigkeitsbereich ist ein Wachstumstreiber und bietet Handlungsspielräume, um auf gesellschaftliche und politische Anforderungen zu reagieren. Das Engagement kann dabei im Rahmen einer CSR-Strategie als Managementmethode erfolgen oder im Selbstverständnis „Ehrbarer Kaufleute“ von der Unternehmerpersönlichkeit getragen werden. Unternehmerisches Engagement bietet in beiden Fällen vielfältige Möglichkeiten, um sich am Markt



abzugrenzen, Wettbewerbsvorteile zu verschaffen oder das Image des eigenen Unternehmens sowie der Wirtschaft insgesamt überzeugend zu verbessern.

Die gesellschaftlichen Anforderungen an Wirtschaft verschieben sich aktuell massiv. Neben der CSR-Sprecherin und der personellen Verankerung des CSR-Themas im Präsidium trägt die IHK auch mit einem neu gegründetem „Netzwerk Unternehmensverantwortung“ der hohen Bedeutung des Themas Rechnung.

Maßnahmen

- Förderung und Stärkung nachhaltigen Wirtschaftens in Berliner Unternehmen durch die Vernetzung der Akteure und das Aufzeigen von Best-Practices
- Verbesserung des gesellschaftlichen Ansehens der Berliner Wirtschaft, im Jahr 2020 insbesondere durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter Einbindung von Testimonials zu sozialem und ökologischem Unternehmensengagement und Ausweitung des neu gegründeten Netzwerks Unternehmensverantwortung
- Das Berliner Leitbild der Ehrbaren Kaufleute intern und extern umsetzen und dessen Akzeptanz in der Berliner Unternehmerschaft erhöhen
- Gewerbeuntersagungsverfahren rechtssicher durchführen
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen
- Weiterentwicklung des Sachverständigenwesens
- Qualifizierte Benennungen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können

Infrastruktur und Stadtentwicklung

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK Berlin setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen



positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK Berlin fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln, inklusive eines wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutzes ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK Berlin tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- Innovative Lösungen für Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Gewerbe- und Wohnnutzung finden und durch geeignete Maßnahmen in den Berliner Bezirken zur Anwendung bringen
- Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Umsetzung des StEP Wirtschaft sowie bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten, in 2020 u. a. mit der Unterbreitung von Entlastungsvorschlägen für Gewerbemieten und der Durchführung einer Konferenz zum Thema Gewerbemieten/Gewerbeflächen
- Begleitung und Mitgestaltung rechtlicher Bauvorschriften (z. B. Novellierung der Bauordnung Berlin)

Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsinfrastruktur

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Nachfrage nach Wohnraum und Verkehr. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z. B. Wohnungen) und im Tiefbau (z. B. Straßen und Brücken, Schienenverbindungen).

Die IHK Berlin wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte im Personennah- und Fahrradverkehr, im Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz sowie beim Ausbau des Flughafenstandortes vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung des Tourismusstandortes, bestehender und neuer Wohnquartiere sowie stadtprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK Berlin in grenzüberschreitenden Standortkooperationen engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche für Berlin, denn sie vereint im Querschnitt eine Vielzahl von Unternehmen. Die Branche unterliegt einem ständigen Wandel, daher setzt sich die IHK Berlin dafür ein, neue und passgenaue Lösungen für die Stadt zu entwickeln, die unerwarteten Einflussfaktoren entgegenwirken, Wachstum weiter voranzutreiben und Existenzen nachhaltig zu sichern.

Maßnahmen

- Durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für

notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Straßensanierung, Wasserstraßen) vertreten

- Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der Definition der künftigen Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten, 2020 u. a. beim neuen Berliner Radverkehrsplan
- Von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen beraten und durch Interessenvertretung im Fonds für Räumungsbetroffene finanziell unterstützen
- Öffentlichkeitswirksame Begleitung der Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg International durch Maßnahmen in den Themenbereichen Verkehrsanbindung, Verwaltung und direkte Langstreckenverbindungen. Das Positionspapier für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur nutzen, um aufzuzeigen welche Verkehrsprojekte für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen, 2020 vor allem die Anbindung des neuen Flughafens BER und seines Umfeldes
- Ein neues Kapitel zum Wirtschaftsverkehr für das Mobilitätsgesetz gemeinsam mit SenStadt und Unternehmen aller Branchen erarbeiten und im Jahr 2020 zu einem Gesetzentwurf der SenUVK weiterentwickeln

Ziel: Berlin hat profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- sowie Industriestandorte mit ausreichendem Handlungsspielraum

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigsten Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen. Der Blick richtet sich gezielt auf die Anforderungen einzelner Branchen und deren Bedarfe.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.

Maßnahmen

- Vorschläge für wirtschaftsfreundliches Baunebenrecht sowie zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (z. B. beim kooperativen Baulandmodell, der Vergabe öffentlicher Flächen, der Mietpreisbremse und zu Abstandsflächen) erarbeiten
- Positionierung zur Wohnungspolitik und baurechtlichen Vorhaben des Senats, im Jahr 2020 u. a. zum Mietendeckel und zu Enteignungen

- Durch Mitwirkung in den Gremien der Stadt sowie durch eigene Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Interessen der Wirtschaft beim Tourismuskonzept und bei herausragenden Bauten und Standorten (Historische Mitte, ICC) vertreten
- Übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren und deren Umsetzung begleiten (z. B. durch den PPP-Wettbewerb Mittendrn Berlin)
- Neue Mobilitätskonzepte entwickeln und deren Umsetzung durch die Bezirke begleiten (z.B bei SharedSpaces, CarSharing, Fahrradfreundlichkeit, Reisebussen, Barrierefreiheit)
- Durch Mitwirkung in Gremien Interessen der Unternehmen in Bezug auf zeitnah durchführbare Groß- und Schwerlasttransporte vertreten, z. B. die Etablierung eines Routennetzes, in welches durch das Land bei anstehenden Instandhaltungen vorrangig investiert wird
- Kataloge mit konkreten Maßnahmen für die einzelnen Gewerbestandorte mit den ansässigen Unternehmen und der Verwaltung entwickeln und deren Umsetzung begleiten. Insbesondere mehr Transparenz, planerische Sicherung zum Erhalt des Angebots an Gewerbe- und Industrieflächen sowie Instrumente zur Reaktivierung sowie zur Entwicklung von neuen Gewerbeflächen einfordern, 2020 vor allem bei der Erstellung der im StEP Wirtschaft festzulegenden bezirklichen Gewerbeflächenkonzepte

Haushalt und Wettbewerb

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt

Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist die Basis für einen erfolgreichen und attraktiven Wirtschaftsstandort Berlin. Er ermöglicht notwendige Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung, versetzt das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schafft wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Landeshaushaltes sollte aus Sicht der Berliner Wirtschaft das finanzpolitische Minimalziel in der Haushaltspolitik sein. Sie setzt sich darüber hinaus für eine Steigerung des positiven Finanzierungssaldos im Berliner Haushalt ein, da dadurch die finanzpolitischen Spielräume größer werden. Gerade in Zeiten steigender Steuereinnahmen ist es wichtig, mit zukunftsgerichteten Haushaltsentscheidungen die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu schaffen. Haushaltsüberschüsse sind jedoch nicht per se ein Zeichen umsichtigen Wirtschaftens. Entstehen sie durch nicht abgerufene Investitionsmittel, müssen Wege gefunden werden, um die eingeplanten Mittel vollumfänglich zu verausgaben.

Die IHK Berlin tritt gegenüber der Berliner Politik für das Festhalten am Jahrzehnt der Investitionen ein. Dazu muss sich Berlins Investitionsquote rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt annähern. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten. Sie zeigt Konsequenzen einer verfehlten, beispielsweise auf kurzfristigen Konsum ausgelegten, Investitionspolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.



Der hohe Schuldenstand Berlins belastet gegenwärtig und zukünftig den Landeshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich für die Einhaltung der Schuldenbremse stark.

Maßnahmen

- Nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern, im Jahr 2020 unter anderem durch eine Analyse des Ende 2019 vorgelegten gesamten Investitionsbedarfes für Berlin und der Ableitung von Handlungserfordernissen. Zudem erfolgt die Begleitung der Verausgabung der bereit gestellten Investitionsmittel, unter anderem durch eine wirtschaftsfreundliche Vergabepolitik, die das Vergaberecht nicht mit auftragsfernen Kriterien überfrachtet sondern Innovationen fördert
- Die Haushaltspolitik des Landes kritisch begleiten, im Jahr 2020 insbesondere durch die Kontrolle der Einhaltung der Schuldenbremse und der Diskussion mit den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen zur Ausweitung der Regelung auf die Extrahaushalte

Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlasten die Unternehmen

Für die Sicherung von Staatseinnahmen und einer zukunftsorientierten Ausgabepolitik der öffentlichen Hand, ist eine clevere Steuer- und Abgabepolitik entscheidend. Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabepolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.

In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Steuerpolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, im Jahr 2020 insbesondere durch die Begleitung der OECD-Strategie zur Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle, der Umsetzung der Anzeigepflicht für Steuergestaltungsmodelle (Tax-Compliance) bzw. der Begleitung der Umsetzung der Gesetzesentwürfe zur Änderung der Grunderwerbssteuer und Unternehmenssteuerreform



Ziel: Die unternehmerische Freiheit wächst wieder

Die IHK Berlin steht für freien und fairen Wettbewerb. Der freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen entgegentreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfragen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat sollte grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen dem staatlichen und privaten Sektor ein.

Maßnahmen

- Rechtspolitische Rahmensetzung durch die EU, den Bund und das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, im Jahr 2020 insbesondere durch die Begleitung der Umsetzung der Whistleblower-Richtlinie, der Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und der EU-Urheberrechtsrichtlinie (Uploadfilter) sowie durch die Begleitung des Gesetzgebungsprozesses zu einem Verbandssanktionengesetzes
- Stärkung der sozialen Marktwirtschaft und Eingriffe in die unternehmerische Freiheit für die Berliner Wirtschaft verhindern: In 2020 wird die IHK Berlin politische Markteingriffe wie z. B. durch den Mietendeckel, Verstaatlichungen bzw. Enteignungen von privaten Unternehmen, weitere Rekommunalisierung, Werbeverbote oder eine Solarpflicht öffentlichkeitswirksam kritisch begleiten



Standortfaktor Verwaltung

Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht an ineffizienten Strukturen in der Verwaltung scheitern. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen – durch eine optimale Angebotsstruktur sowie transparente und digitale Verfahren – der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offen steht. Die Berliner Verwaltung muss ein echter Servicedienstleister für die Stadt werden.

Dafür bedarf es einheitlichen Verwaltungshandelns und einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen sowie verbindlicher Zielvereinbarungen zwischen Senat- und Bezirken, die mit wirkungsvollen Anreiz- und Sanktionsmechanismen ausgestattet sind.

Zudem muss ein zukunftsorientiertes Personalmanagement eingeführt werden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern, die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Dieses Fachpersonal gewinnt man jedoch nur, wenn die Berliner Verwaltung durch flexiblere Zugangsvoraussetzungen, unkompliziertere Laufbahnwechsel, modernere Arbeitsräume und Technik die Arbeitgeberattraktivität deutlich ausbaut.

Zudem braucht es eine moderne Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Unternehmen einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abzuwickeln, enorme Entlastungsmöglichkeiten.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass Unternehmen effiziente Strukturen in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt sie auf Basis einer Vielzahl von Unternehmensbeispielen Schwachstellen im Verwaltungsaufbau und erarbeitet entsprechende Lösungsvorschläge. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung des „Zukunftspakts Verwaltung“ sowie des Berliner E-Government-Gesetzes muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Einführung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z. B. Serviceportal, E-Akte und Open Data.

Maßnahmen

- Positionierung zur Verwaltungsmodernisierung, im Jahr 2020 insbesondere durch die Begleitung der Umsetzung des „Zukunftspakts Verwaltung“ im Rahmen der Kampagne „Eine Stadt – eine starke Verwaltung“ gemeinsam mit 40 Partnern aus allen Teilen der Stadtgesellschaft. Dafür wird der Umsetzungsstand regelmäßig überwacht und in Stakeholdergesprächen mit der Politik besprochen sowie im Sinne bestehender Unternehmensanforderungen mit eigenen Impulsen erweitert
- Vorschläge für strukturelle Verbesserungen in der praktizierten Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen herausarbeiten und adressieren

- Handlungsempfehlungen zur technischen Modernisierung der Berliner Verwaltung formulieren und adressieren sowie die Aufnahme in entsprechende Programmatik (z. B. Berliner E-Government-Strategie, Modernisierungsprogramme) vorantreiben
- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen, wie z. B. strategische Personalplanung und -steuerung, Servicequalität, Know-How-Transfer oder Gesundheitsmanagement begleiten

Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion

Die Unternehmen der wachsenden Stadt Berlin haben einen stetig steigenden Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften. Dieser wird sich bis 2030 noch deutlich verschärfen. Als eines der wichtigsten Mittel zur frühzeitigen Fachkräftesicherung, wird daher auch die Duale Ausbildung einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Dies spiegelt sich bereits jetzt in der jährlich wachsenden Nachfrage nach Auszubildenden wider. Immer mehr Ausbildungsstellen bleiben allerdings unbesetzt. Eine zunehmende Anzahl junger Menschen passt nicht auf die ausgeschriebenen Stellen, entscheidet sich bewusst für den Erwerb eines höheren schulischen Abschlusses, für einen Bildungsgang des Berliner Übergangssystems oder den Weg ins Studium.

Gegenüber Politik und Verwaltung setzt sich die IHK Berlin daher für eine gute und zukunftsfähige Bildungspolitik sowie die Schaffung der richtigen Weichenstellung in der Schule und am Übergang in den Beruf ein.

Die IHK Berlin engagiert sich außerdem dafür, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Sie wirbt bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft Ihnen, z. B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Dabei stehen die Stärkung und die Wertschätzung des Prüferehrenamtes im Fokus. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark. Darüber hinaus hat sich die IHK Berlin für ein InnoVET Projekt beworben, um weitere Player und Stakeholder beim Thema Bildung in einem Co-Creator zusammen zu bringen und Lösungen für die zukünftigen Herausforderungen zu erarbeiten.



Maßnahmen

- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen
- Qualität der Ausbildung sichern und heben, beispielsweise durch verstärkte Beratungsangebote in den Unternehmen sowie bei OSZ-Sprechtagen und Ausbildertreffen, verschiedene Weiterbildungsformate für Ausbilder sowie Ausbau der Früherkennung qualitativer Mängel in der Ausbildung
- Eine gute (Berufs-)Bildungspolitik einfordern und die Interessen der Ausbildungsbetriebe in die Gremien des Landes Berlin (Landesausschuss für Berufliche Bildung, Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation“ etc.) einbringen, im Jahr 2020 insbesondere die Novellierung des Landeskonzepts für Berufs- und Studienorientierung und die Erarbeitung der „Berliner Vereinbarung 2020-25“ begleiten und aktiv mitgestalten
- Statistiken zur Ausbildung erstellen, auswerten, aufbereiten, interpretieren und kommunizieren
- Auszubildende zu allen Fragen ihrer Ausbildung beraten und betreuen
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen
- Ausbildungsverträge prüfen und registrieren
- Ausbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen, u. a. durch den Ausbau der digitalen Prüfungsinfrastruktur und -abwicklung
- Erstklassige Persönlichkeiten für die Mitarbeit in den Prüfungsausschüssen gewinnen und Prüfer durch entsprechende Schulungen in ihren sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen ausreichend qualifizieren, weiterbilden und vernetzen
- Übergangssystem reformieren: Auch weiterhin mit Nachdruck betriebsintegrierte Brücken in Duale Ausbildung stärken sowie vollzeitschulische Bildungsgänge reduzieren und unter Einbezug der Wirtschaft neu ausrichten
- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen, dafür einsetzen, dass in den allgemeinbildenden Schulen die notwendigen Ressourcen für gute MINT-Bildung auch zukünftig zur Verfügung stehen
- Projekte und Aktionen zur Stärkung der Berufsorientierung, wie den Talentecheck, durchführen
- Arbeit der Jugendberufsagentur fortlaufend begleiten und auf die Umsetzung der bildungspolitischen Zielsetzung – effektive Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf zu sein – im Austausch mit den beteiligten Partnern hinwirken
- Matching zwischen Unternehmen und potenziellen Auszubildenden fördern und unterstützen



Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität und stellt, auch im Kontext der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt, eine der größten Herausforderungen für Unternehmen dar: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte sind zunehmend schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eigenen Unternehmen als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können. Um für diesen Bedarf Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, müssen sich Unternehmen als gute und mitarbeiterorientierte Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, insbesondere den IHK-Fachkräftemonitor und den IHK-Demografierechner. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Gegenüber der Politik tritt die IHK Berlin für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern. Um Fachkräften und Jungunternehmern einen niedrigschwelligen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, bieten wir jährlich rund 300 Sach- und Fachkundeprüfungen, Unterrichtungen sowie Erlaubnis- und Registrierungsverfahren mit mehr als 200 ehrenamtlichen Prüfern praxisnah, bürokratiearm und rechtssicher an.

Maßnahmen

- Gestaltungsvorschläge für die Verbesserung von Rahmenbedingungen zur Fachkräftesicherung in Unternehmen an die Politik adressieren
- Fachkräftesituation Berlins mit IHK-Fachkräftemonitor darstellen, interpretieren und veröffentlichen
- Das Angebot an möglichen Teilqualifikationen passgenau weiter ausbauen und etablieren
- Das Portfolio an Weiterbildungsprüfungen konsequent am Fachkräftebedarf ausrichten
- Alle Sach- und Fachkundeprüfungen und Unterrichtungen kundenfreundlich und rechtssicher gestalten
- Alle Erlaubniserteilungen, Anerkennungsverfahren sowie Registrierungsverfahren rechtssicher durchführen
- Alle Unterrichtungen kundenfreundlich und rechtssicher gestalten
- Ausstellen von (Ersatz-)Bescheinigungen, Umschreibungen, Stellungnahmen etc. rechtssicher durchführen
- Erstklassige Unternehmer für die Mitarbeit in den Prüfungsausschüssen der Sach- und Fachkunde gewinnen und Prüfer durch entsprechende Schulungen in ihren sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen ausreichend qualifizieren und weiterbilden

- Zusammenarbeit mit bestehenden Frauennetzwerken intensivieren und Veranstaltungen anbieten, um den Austausch zu Entwicklungspotenzialen von weiblichen Führungskräften zu ermöglichen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu werben
- Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Instrument der Fachkräftesicherung bei den Unternehmen werben, im Rahmen Berliner Landeswettbewerbes für Familienfreundlichkeit 2020 gute Beispiele auszeichnen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte beispielsweise durch Angebote des Business Welcome Service sowie der Anerkennungsberatung unterstützen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten
- Bildungsprojekte begleiten und evaluieren, um die Fachkräftesicherung, den Wissenstransfer sowie die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung in Berlin zu verbessern, im Jahr 2020 insbesondere die wirksamen Best-Practice-Konzepte als unternehmensorientierte Brücken nachhaltig implementieren und kommunizieren
- Die Berliner Unternehmen im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt dabei unterstützen, die sich ergebenden Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern

Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich

Seit einigen Jahren schon profiliert sich der Berliner Arbeitsmarkt als Jobgenerator und sticht dabei insbesondere durch einen beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hervor. Unbefriedigend bleiben jedoch die im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Quoten bei der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderungen gilt es durch gezielte Maßnahmen ebenso anzugehen wie die Integration von Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchender in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage formuliert sie Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende Programme und Standpunkte des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.



Maßnahmen

- Arbeitsmarktsituation Berlins darstellen, interpretieren sowie arbeitsmarktpolitische Forderungen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ableiten
- Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme sorgen, im Jahr 2020 insbesondere die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes sowie des Qualifizierungschancengesetzes in Berlin begleiten
- Die Integrationsmöglichkeiten von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung verbessern, dafür Hindernisse in Struktur und Ablauf des Asylverfahrens identifizieren, Verbesserungsvorschläge formulieren und gegenüber den Beteiligten adressieren sowie auf eine gemeinsame Umsetzung drängen
- Das zum 1. März 2020 in Kraft tretende Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (FEG) zusammen mit der Ausländerbehörde, Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie, der Handwerkskammer Berlin sowie der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit umsetzen und so eine weitere wichtige Komponente zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in Berlin schaffen

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener Ausbildungsplätze gilt es jetzt, gute Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung zu setzen und gleichzeitig ein Weiterbildungsbewusstsein und eine echte Weiterbildungskultur zu etablieren. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Sie berät Unternehmen kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der höheren Berufsbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamtes stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote an, die konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind.



Maßnahmen

- Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten
- Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf IHK Abschlüsse, Lehrgänge mit IHK Zertifikat, Weiterbildungsseminare und Firmentrainings durchführen
- Neuentwicklung von Weiterbildungsformaten (Lehrgänge & Seminare), dabei ausgewählte Lehrgangsangebote als blended Learning Format pilotieren
- Qualität der Dozentenleistung für Weiterbildungsangebote sicherstellen
- Weiterbildung als Aufstiegsmöglichkeit fördern (Förderung bester Ausbildungsabsolventen unterstützen)
- Weiterbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen

Innovation, Technologie und Wissenschaft

Ziel: Berlin dabei unterstützen die Transformation zur Digitalhauptstadt erfolgreich zu vollziehen und seine (Vorreiter-)Stellung als Innovationsstandort zu erhalten

Für fast drei Viertel der Berliner Unternehmen ist die Digitalisierung von großer oder zentraler Bedeutung für den Geschäftserfolg und damit für die Zukunftsfähigkeit des Standorts. Die Digitalisierung ist der Megatrend, der seinen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft immer stärker zur Geltung bringt. Darüber hinaus sind digitale Technologien und Konzepte als wesentlicher Treiber für eine smarte Stadtentwicklung zu berücksichtigen und nutzerzentriert einzusetzen. Innovationen entstehen im 21. Jahrhundert nicht mehr im Verborgenen, sondern erfordern ein Netzwerk an Kooperationspartnern, die ihr Wissen für ein gemeinsames Ziel effizient bündeln.

Die IHK Berlin wird die strategische Weiterentwicklung Berlins zur Digitalhauptstadt bedarfsgerecht und im engen Schulterschluss von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begleiten. Um diesen Weg erfolgreich zu gestalten, setzt sie sich u. a. für den zügigen Auf- und Ausbau leistungsfähiger digitaler Zugangstechnologien, einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschaffungspraxis und die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers in der Hauptstadt ein. Zudem ist die Realisierung von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern, erforderlich. Um die Zukunft in der Hauptstadt zu gestalten, wird die IHK Berlin von der Landespolitik Mut, Innovationsgeist und Verantwortungsbewusstsein konsequent einfordern.

Die IHK Berlin engagiert sich dafür, dass das Land Berlin und seine Beteiligungsgesellschaften die Anwendung von Smart Solutions in Stadtentwicklungsprozessen verfolgen.



Maßnahmen

- Innovationsrelevante Themen und deren Rahmenbedingungen in Berlin begleiten sowie unter Einbeziehung von Politik und Wirtschaft weiterentwickeln; im Jahr 2020 insbesondere durch die stärkere Teilhabe von Unternehmen in Projekten des CityLABs
- Wissenschaftsstandort durch Handlungsempfehlungen stärken
- Innovative Hochschulen mit ihren Verbänden bei der regionalen Verankerung und Transferarbeit unterstützen, um die Förderung von Kooperationsprojekten von Wissenschaft und Wirtschaft auszubauen
- Hochschulübergreifende Digitalisierungsstrategie für die Berliner Hochschulen (Lehre, Forschung, Organisation, Infrastruktur) fordern und deren Entwicklungsprozess begleiten
- Wissens- und Technologietransfer (WTT) am Standort durch neue politische Strukturen verankern und innovative Ansätze fördern; im Jahr 2020 insbesondere durch die Interessenvertretung im politischen WTT-Stakeholdergremium
- Digitalen Wirtschaftsschutz in Zusammenarbeit mit den Berliner Sicherheitsbehörden ausbauen, um damit den steigenden Sicherheitsbedarfen der Berliner Wirtschaft Rechnung zu tragen (u. a. Fortsetzung der Sicherheitspartnerschaft); im Jahr 2020 insbesondere durch die beratende Umsetzung des politischen Wirtschaftsschutzkonzepts der Senatsinnenverwaltung
- Digitalisierung der Berliner Wirtschaft fördern, Handlungsempfehlungen für den (High-)Tech-Standort formulieren und kommunizieren; im Jahr 2020 insbesondere durch die Begleitung des Aufbaus einer Digitalagentur und die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie durch die Senatsverwaltung
- Zur IT-Sicherheit der Unternehmen beitragen; im Jahr 2020 insbesondere durch die Etablierung von Informations- und Sensibilisierungsformaten

Umwelt und Ressourcen

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dieser Transformationsprozess, der sich in den Kontext der Energiewende in Deutschland einordnet, erfordert große Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei setzt sich die IHK dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die Berliner Wirtschaft nicht überlasten. Stattdessen gilt es, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, verlässlicher und unbürokratischer Regularien sowie langfristig planbarer Investitionshorizonte die Potenziale der Wirtschaft so einzusetzen, dass die Energiewende und die Zielsetzung eines klimaneutralen Berlins zum Erfolg werden.

Die IHK Berlin wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energie- und Klimapolitik im Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass die Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strom- und Energiepreise und der Erhalt der Wett-



bewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind.

Zudem muss die konkrete Ausgestaltung des Klimapaketes der Bundesregierung in Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen kosteneffizient, technologieoffen und unter Beibehaltung von Wettbewerb ausdifferenziert werden. Die Umsetzung der Energiewende in Berlin muss effizient gesteuert und effektiv koordiniert sowie über Bundesvorgaben hinausgehende gesetzliche Pflichten vermieden werden.

Um diesen Prozess zu begleiten, wird die IHK Berlin ihre Mitgliedsunternehmen dabei unterstützen, eigene Energieoptimierungspotenziale zu identifizieren, rechtzeitig auf regulatorische Veränderungen reagieren zu können und intelligente Energietechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv für überbetriebliche Energieeffizienz-Netzwerke in Berlin einsetzen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energie-Know-how machen und Best-Practices in der Stadt aktiv kommunizieren.

Maßnahmen

- Kompetenzaufbau und Know-how-Transfer fördern, im Jahr 2020 insbesondere durch die Umsetzung der 500-Energieeffizienz-Netzwerke-Initiative mit der Bundesregierung sowie der Initiierung und Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (z. B. TU-Praxisprojekt)
- Energiespezifisches Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern
- Effektive Weiterentwicklung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie und der Maßnahmenplanung im Sinne der Wirtschaft begleiten, im Jahr 2020 wird dabei insbesondere der Fokus auf den Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem gesetzt
- Exzellenz und Innovation fördern, im Jahr 2020 durch beratende und unterstützende Aktivitäten von Projekten und Initiativen wie der Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der deutschen Wirtschaft, der Klimaschutzpartner Berlin und des Cluster Energietechnik Berlin-Brandenburg

Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für nachhaltiges Wirtschaften und eine wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfüllung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.



Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.

Die IHK Berlin wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik in EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass die Preisgestaltung in den Bereichen Wasserwirtschaft (Ver- und Entsorgung) sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt. Der Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft müssen zudem grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben. Umweltrechtliche Vorgaben müssen unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden und umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen dürfen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK Berlin durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z. B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.

Maßnahmen

- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft eintreten, im Jahr 2020 insbesondere durch Mitgestaltung der Novellierung des Batteriegesetzes und des Elektronikgesetzes sowie die Begleitung der Umsetzung des Verpackungsgesetzes und der Gewerbeabfallverordnung
- Rechtliche Umwelanforderungen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und einen Unternehmensaustausch fördern. Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen und Angebote der Berliner Umweltwirtschaft informieren
- Zusätzliche Belastungen von Unternehmen durch Immissionsschutzauflagen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit prüfen und auf ein notwendiges Maß beschränken. Begleitung & Monitoring der Maßnahmen im Luftreinhalte- und Lärmaktionsplan, wie bspw. Tempo-30-Konzept, Luftreinhaltestrategie 2030, umweltverträgliche Mobilität.
- Ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren: u. a. Nachhaltiges Wasserver- und Entsorgungssystem, Entwicklung von Wasser- und Abwasserpreisen, dezentrales Regenwassermanagement, Integration von energiesparenden wasserwirtschaftlichen Konzepten in städtebauliche Planung
- Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik umsetzen, ohne wirtschaftliche Tätigkeiten in der wachsenden Stadt einzuschränken. Begleitung und Positionierung zur Charta Stadtgrün sowie zum StEP Klima, Initiierung von Kooperationsangeboten für Unternehmensengagement

- Positionierung gegen Belastung von Unternehmen durch Auflagen aus dem Chemikalienrecht
- Wettbewerbschancen für Unternehmen der Green Economy verbessern
- Freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandards

Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft jährlich steigern

Der Außenhandel ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft. Hier leistet mittlerweile fast jeder dritte Arbeitsplatz einen Beitrag zur Außenwirtschaft. Berliner Unternehmen verkaufen jährlich Waren im Wert von über 14 Milliarden Euro ins Ausland. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft durch zielgerichtete Maßnahmen jährlich gesteigert wird.

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird. Berliner Unternehmen erhalten zudem ein Angebot an politisch begleiteten Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Delegationen aus dem Ausland sind ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Geschäftspartnersuche und der Erschließung neuer Märkte.

Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- Auf bessere Außenwirtschaftsrahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene hinwirken, z. B. (Post-)Brexit, EU-Handelspolitik und Verhandlung laufender bzw. neuer Freihandelsabkommen, Reform der WTO, Umsetzung CETA, Unionszollkodex, Außenwirtschaftsförderprogramm
- Mit den Wirtschaftsförderern der Stadt, insbesondere der Senatswirtschaftsverwaltung, Senatskanzlei, Berlin Partner, und der IBB die operativen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins festlegen und umsetzen, z. B. Strategiedialog (Auslands-)Messen initiieren, Weiterentwicklung der Berliner Wirtschaftsbüros vorantreiben
- Länderpolitische Beratung für Politik und Key Account-Unternehmen, dabei auf die strategischen Zielmärkte und auf Berliner Branchen/ Cluster fokussieren; z. B. Veranstaltungen und/oder Delegationsreisen zu den TOP-Partnerländern China, Polen, UK



und USA durchführen, Veranstaltungen zu wachsenden Potentialmärkten (unter den Zielmärkten) wie Indien und Russland

- In internationalen Netzwerken den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Best Practices internationaler Entwicklungen intensivieren und für die politische Umsetzung/ Positionierung in Berlin nutzbar machen; z. B. Teilnahme an internationalen Kammer-Formaten CX, ICC, AEMC für internationale Vernetzung und politische Positionierung nutzen
- Die Kooperation mit den Bundesministerien, z. B. Auswärtiges Amt und BMWi, und Botschaften intensivieren um Berliner Unternehmen einen Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen zu erschließen, z. B. Premium-Veranstaltungsformat „Berlin Business meets Diplomacy“ fortführen
- Auswirkungen des Brexit politisch begleiten und bedarfsgerecht dazu informieren und beraten
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

